

Stenographischer Bericht

5. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 1. März 1946

Inhalt:

Eröffnung der 5. Sitzung durch den Präsidenten . . .	43	Wahl des Abgeordneten Martin Kaplan an Stelle des verstorbenen Landeshauptmannes a. D. Dr. Dienstleder als Mitglied und des Abgeordneten Pfeiler als Ersatzmitglied in den Fürsorgeausschuß	45
Trauerkundgebung für Landeshauptmann a. D. Prof. Dr. Alois Dienstleder	43	Begründung der dringlichen Anfrage des Abgeordneten Pölzl und Stellungnahme des Landeshauptmannes Pirchegger und der Abgeordneten Rosenwirth und Fischer zur dringlichen Anfrage	45
Entsendung des Herrn Abgeordneten Franz Zingl an Stelle des verstorbenen Bundesrates Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleder in den Bundesrat	44	Beginn der Sitzung: 10 Uhr 35 Minuten.	
Wahl des Herrn Karl Pfeiler als Mitglied des Steiermärkischen Landtages an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Alois Dienstleder	44	Präsident: Hoher Landtag! Ich eröffne die 5. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße die erschienenen Abgeordneten. Ganz besonders begrüße ich den zum erstenmal hier in diesem Hause erschienenen Chef der Britischen Militärregierung, Herrn Oberst Block und den Herrn Oberstleutnant Boyd. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)	
Anfragen:		Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, habe ich die traurige Pflicht (die Versammlung erhebt sich), eines Mannes zu gedenken, der noch bei der letzten Sitzung des Landtages, wenn auch angegriffen in seiner Gesundheit, so doch voll Schaffensfreude, unter uns war, des am 31. Jänner verstorbenen Abgeordneten Universitätsprofessors Dr. Alois Dienstleder. Der imposante Trauerzug durch die Straßen unserer Stadt gab beredtes Zeugnis von der Wertschätzung, deren sich der Verstorbene erfreute. Wir Abgeordnete des Hauses verlieren in Professor Dr. Dienstleder einen hochbegabten Mitarbeiter und stets hilfsbereiten Freund. Am 13. November 1933 wurde der Verstorbene zum Landeshauptmann von Steiermark gewählt, eine Funktion, die er unter den damals schon recht schwierigen Verhältnissen ein Jahr lang bekleidete. Als sich 1938 die Flutwelle des Nationalsozialismus über unser Österreich ergoß, wurde auch Professor Dr. Dienstleder seiner Freiheit beraubt und mußte Jahre hindurch als Häftling verbringen. Als im Mai vorigen Jahres Österreich wieder die Freiheit gewonnen hatte, war Dr. Dienstleder einer der ersten, die in die Bresche sprangen; obwohl er noch an den Folgen der Haft litt, übernahm er als Landeshauptmannstellvertreter und Obmann der österreichischen Volkspartei mit die Verantwortung in den damals schwersten Tagen. Prof. Dr. Dienstleder war in seinem ganzen Leben ein Vorkämpfer des gegenseitigen Verstehens und der vorbehaltlosen Zusammenarbeit aller am Wiederaufbau unserer schwer geprüften Heimat tätigen Kräfte. Sein Andenken wollen wir in diesem Hause dadurch wahren, daß wir ihm im Geiste versprechen, das Ideal, für das	
1. der Abgeordneten Praßl, Thaller, Pfeiler, Kofler, Kaplan, Wallner und Duß an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die notwendigen Maßnahmen im steirischen Kriegsgebiet	44		
2. der Abgeordneten Kaplan, Holik, Wabnegg und Wolf an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die in der Oststeiermark auftretenden Typhusfälle und Einstellung der im Jahre 1938 gemäßigten Distriktsärzte	44		
3. der Abgeordneten Kaplan, Praßl, Thaller, Möstl und Kofler an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Hilfsmaßnahmen im steirischen Kriegsschadensgebiet	44		
4. der Abgeordneten Esterl, Hofmann, Matzner Maria und Stockbauer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Errichtung eines Invalidenheimes in Graz	44		
5. der Abgeordneten Amon, Lackner, Lendl, Wlasto und Schabes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Beschleunigung der Zuerkennung von Renten und Ausgabe von Prothesen für die Kriegsbeschädigten des zweiten Weltkrieges 1939—1945	44		
Anträge:			
der Abgeordneten Dr. Speck, Matzner Maria, Horvatek, Plaimauer, Hofmann und Esterl, betreffend die Schaffung eines Bundeserziehungsgesetzes	44		
der Abgeordneten Stockbauer, Gigerl, Operschall, Komatz und Lendl, betreffend die vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht als Maßnahme zur Verhütung der Verwahrlosung der Jugend	44		
Dringliche Anfrage der Abgeordneten Pölzl und Fischer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Maßnahmen zur Ausforschung und Festnahme der Täter des Sprengstoffanschlages anlässlich der Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsdelegation	44		
Landesregierungsvorlage, Zuweisung, Beilage Nr. 5: Gesetz über die Mitwirkung des Landes Steiermark bei der vorläufigen Finanzierung der Wiederherstellungskosten durch Kriegshandlungen beschädigter oder zerstörter Gebäude	44		
Wahl des Abgeordneten Hugo Mrazek in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß an Stelle des verstorbenen Landeshauptmannes a. D. Dr. Alois Dienstleder	45		
Wahl des Abgeordneten Prof. Viktor Duß in den Volksbildungsausschuß an Stelle des verstorbenen Landeshauptmannes a. D. Dr. Alois Dienstleder			

er gekämpft hat, stets hochzuhalten, nämlich: Achtung vor der Gesinnung des Nächsten und vorbehaltlose Zusammenarbeit für den Wiederaufbau eines freien demokratischen Österreich.

Hohes Haus! Ich stelle fest, daß Sie sich zum Zeichen dieser Trauerkundgebung von Ihren Sitzen erhoben haben; ich werde veranlassen, daß diese Trauerkundgebung im amtlichen Protokoll dieser Landtagssitzung festgehalten wird. Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß vom Vorsitzenden des Österreichischen Bundesrates ein Beileidschreiben folgenden Inhaltes eingelangt ist (liest):

„Als Vorsitzender des Österreichischen Bundesrates kondoliere ich zu dem schweren Verlust, den Steiermark durch das Ableben des Herrn Landeshauptmannes a. D. Dr. Alois Dienstleder erlitten hat. Mit ihm ist ein Mann dahingeshieden, der ein Muster zielstrebigem und dem Wohl seines Landes gewidmeter Arbeit war und der seiner politischen Überzeugung trotz Kerker und Konzentrationslager nie untreu geworden ist. Persönlich habe ich Doktor Dienstleder im Konzentrationslager auch als einen mutigen, guten und stets hilfsbereiten Kameraden kennen und schätzen gelernt.“

Als mein Stellvertreter im Vorsitz des Bundesrates hat der so unerwartet rasch Verblichene dieses Amt vorbildlich und mit größter Umsicht versehen. Das Länderparlament Österreichs verliert in ihm einen verlässlichen, sachkundigen und verantwortungsbewußten Mitarbeiter. Ich habe in der Sitzung des Bundesrates vom 31. Jänner d. J. die Persönlichkeit und die Verdienste des Verstorbenen gewürdigt und bitte die Mitglieder des Landtages, des tiefgefühlten Beileides aller Mitglieder des Hohen Bundesrates versichert zu sein.“

An Stelle des verstorbenen Bundesrates Professor Dr. Alois Dienstleder wurde als nächster gewählter Ersatzmann Herr Josef Zingl, Bauer in Schöffern bei Friedberg, dem Präsidium des Bundesrates zur Einberufung bekanntgegeben.

An Stelle des durch das Ableben des Bundesrates und Landtagsabgeordneten Professor Dr. Alois Dienstleder freigewordenen Landtagsmandates ist gemäß § 72, Abs. 1 des Wahlgesetzes, StGBI. Nr. 198, Herr Karl Pfeiler, Bauer in Gleichenberg, als Mitglied in den Steiermärkischen Landtag eingetreten. Ich habe ihn bereits zur heutigen Sitzung eingeladen und werde nunmehr dessen Angelobung vornehmen. Ich bitte den Herrn Schriftführer Vollmann, die Angelobungsformel zu verlesen und den Herrn Landtagsabgeordneten Karl Pfeiler durch die Worte „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten. (Geschicht. Abg. Vollmann verliest die Angelobungsformel und Abg. Pfeiler leistet die Angelobung.)

Eingebracht wurden folgende Anfragen:

Anfrage der Abg. Praßl, Thaller, Pfeiler, Kofler, Kaplan, Wallner und Duß an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die notwendigen Maßnahmen im steirischen Kriegsgebiet;

Anfrage der Abg. Kaplan, Holik, Wabnegg und Wolf an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die in der Oststeiermark auftretenden Typhusfälle und Einstellung der im Jahre 1938 gemaßregelten Distriktsärzte;

Anfrage der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Möstl und Kofler an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Hilfsmaßnahmen im steirischen Kriegsschadensgebiet;

Anfrage der Abg. Esterl, Hofmann, Matzner Maria und Stockbauer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Errichtung eines Invalidenheimes in Graz;

Anfrage der Abg. Amon, Lackner, Lendl, Wlasto und Schabes an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Beschleunigung der Zuerkennung von Renten und Ausgabe von Prothesen für die Kriegsbeschädigten des Zweiten Weltkrieges 1939/45.

Weiters wurde eingebracht ein

Antrag der Abg. Dr. Speck, Matzner Maria, Horvatek, Plaimauer, Hofmann und Esterl, betreffend die Schaffung eines Bundeserziehungsgesetzes;

Antrag der Abg. Stockbauer, Gigerl, Operschall, Komatz und Lendl, betreffend die vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht als Maßnahme zur Verhütung der Verwahrlosung der Jugend.

Ich werde diese Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zuführen.

Eingebracht wurde ferner eine

Dringliche Anfrage der Abg. Pölzl und Fischer an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Maßnahmen zur Ausforschung und Festnahme der Täter des Sprengstoffanschlages anlässlich der Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsdelegation.

Ich bin genötigt, zu dieser Anfrage selbst wie zur Dringlichkeit der Anfrage die Unterstützungsfrage zu stellen, da eine Anfrage im Landtag von vier Abgeordneten eingebracht werden muß.

Ich bitte die Herren, die diese dringliche Anfrage unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag selbst wie auch die Dringlichkeit sind unterstützt. Ich werde diese dringliche Anfrage am Schlusse der Tagesordnung in Verhandlung nehmen.

Aufgelegt wurde als Regierungsvorlage die Beilage Nr. 5: Gesetz über die Mitwirkung des Landes Steiermark bei der vorläufigen Finanzierung der Wiederherstellungskosten durch Kriegshandlungen beschädigter oder zerstörter Gebäude.

Ich werde diese Beilage, sofern kein Widerspruch erfolgt, unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist sofort dem Finanz- und Wiederaufbauausschuß zuweisen.

Präsident: Ich schreite nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Wahlen in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß, Volksbildungs- und Fürsorgeausschuß an Stelle des Herrn Bundesrates und Landtagsabgeordneten Professor Dr. Alois Dienstleder.

Es wurde mir von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei folgender Vorschlag zur Besetzung der Stellen in den Ausschüssen zugemittelt: Für den Gemeinde- und Verfassungsausschuß den Abg. Hugo Mrazek, für den Volksbildungsausschuß den Abg. Prof. Viktor Duß, für den Fürsorgeausschuß den Abg. Martin Kaplan und als Ersatzmitglied für den Fürsorgeausschuß den Abg. Pfeiler.

Ich bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Stellen des Obmannes bzw. des Schriftführer-Stellvertreters beim Volksbildungs- und Fürsorgeausschuß durch das Ableben des Landtagsabgeordneten Professor Dr. Dienstleder freigeworden und neu zu besetzen sind. Die erfolgte Bestellung wolle der Landtagspräsidialkanzlei schriftlich bekanntgegeben werden.

Ich komme nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist die

dringliche Anfrage der Abgeordneten Pölzl und Fischer.

Ich erteile dem Abg. Pölzl das Wort.

Abg. Pölzl: Sehr geehrter Landtag! Bei der letzten Kundgebung des Gewerkschaftsbundes anlässlich der Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsdelegation ereignete sich in Graz ein bedauerlicher Vorfall. Offenbar Nazifaschisten haben die Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsdelegation, die 27 Millionen Mitglieder vertritt, benützt, um im Kammersaal einen Anschlag durchzuführen. Das Ansehen unserer Stadt, das Ansehen unseres Landes leidet unerhört in der ganzen Welt — in der ganzen demokratischen Welt — durch solche Erscheinungen einige Monate nach dem ruchlosen Krieg, den die Nazis angezettelt haben. Es ist unserer Meinung nach kein Zufall, daß ein solcher Anschlag möglich geworden ist, daß ein solcher Anschlag durchgeführt wurde. Die politischen Verhältnisse in unserem Lande sind derart, daß es Nazi-elemente gibt, die glauben, die Zeit sei angebrochen, wo sie mit den Mitteln ihrer Politik Unruhe in das Land bringen und unsere demokratische Neuordnung in Österreich gefährden können. Wir kennen die Methoden der Nazis. Vom Jahre 1933 bis zum Jahre 1938 haben wir es immer wieder erlebt, welche politischen Methoden die Nazis anwenden. Anschläge und Terrorakte, das war die Nazipolitik, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen. In unserem Lande darf kein Raum, kein Platz mehr für Nazipolitik sein und wir sind der Meinung, daß die erste Voraussetzung dafür, daß es nie wieder Nazipolitik in unserem Lande gibt, eine gründliche und konsequente Säuberung unseres

Staatsapparates wäre, eine Säuberung, die vor allem die Exekutive betreffen müßte, die Polizei, die Gendarmerie, aber auch unsere Ämter im Land, in der Gemeinde, in allen öffentlichen Körperschaften. Dieser Anschlag im Kammersaal ist als ein Symptom zu werten. Wir denken nicht daran, den Standpunkt zu vertreten, daß dieser Anschlag zum Ausdruck brachte, daß es in unserem Lande noch sehr viele ehemalige Nationalsozialisten gibt, die sich mit diesen politischen Methoden weiterhin identifizieren. Wir sind uns bewußt, daß ein wesentlicher Teil der ehemaligen Nationalsozialisten aufgehört hat, sich mit diesen Methoden des Nationalsozialismus zu identifizieren. Aber es steht andererseits fest und der Vorfall zeigt das mit aller Deutlichkeit, daß die Naziideologie in einem anderen, auch nicht unbedeutlichen Teil der Bevölkerung in unserem Lande noch reiche Nahrung findet. Dieser Anschlag ist ein Beweis dafür, daß der Nationalsozialismus weiterhin bestrebt ist, unser Land in der ganzen Welt zu kompromittieren, Unruhe in unser Land hereinzutragen und daß es höchste Zeit wäre, durch ein klares und unzweideutiges Auftreten der demokratischen Kräfte zu beweisen, daß es in unserem Lande für den Nazifaschismus und seine politischen Methoden keinen Platz mehr gibt. Es wäre sehr notwendig, daß unter dem Eindrucke dieses Vorfalles im Kammersaal die Entregistrierung vorübergehend eingestellt wird, und zwar solange eingestellt wird, bis unsere Ämter, bis die Exekutive, bis das Land in allen seinen wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen wirklich von Nazieinfluß und von den Nazis gesäubert ist. Dann erst soll man über Entregistrierung sprechen. Weiters wäre es von größter Wichtigkeit, die Ansuchen um Enthaftung von Nationalsozialisten zurückzustellen. Wir sind weit davon entfernt, Pauschalmaßnahmen für alle ehemaligen Nationalsozialisten zu verlangen, aber ich glaube, daß die beiden Maßnahmen, von denen ich gesprochen habe, wirklich begründet sind und daß man diese Maßnahmen durchführen muß. Es ist ganz klar, daß durch solche Sprengstoffanschläge das Ansehen unserer jungen Demokratie auf das äußerste gefährdet wird. Es ist aber auch klar, daß der demokratisch gesinnte Teil, der antifaschistisch gesinnte Teil unserer Bevölkerung, sich solche Anschläge einfach nicht bieten läßt. Bei dem Österreichischen Gewerkschaftsbund sind viele Protestresolutionen aus den Betrieben eingegangen. Die Arbeiterschaft denkt nicht daran, es sich von neuem gefallen zu lassen, daß Nazi-elemente unser Land und unsere Wirtschaft durch Anschläge beunruhigen. Die Landesregierung, der Landtag muß klar und unzweideutig gegen diesen Anschlag Stellung nehmen. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, daß solche Anschläge sich nicht wiederholen können. Es ist auch bedauerlich, daß anlässlich dieses Anschlages die Polizei erst am nächsten Tag am Tatort erschienen ist, um die Erhebungen durchzuführen. Abgesehen davon, daß die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vorher schon hätten durchgeführt werden sollen, wäre es unserer Ansicht nach an-

gezeigt gewesen, sofort nach Bekanntwerden des Anschlages die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um der Täter habhaft zu werden. Wir haben allen Grund, in unserem Lande den Nachweis zu erbringen, daß wir klar und unzweideutig mit dem Nazifaschismus auf alle und immerwährende Zeiten Schluß machen wollen. Aus diesem Grunde möchte ich folgende dringliche Anfrage, die ja die Unterstützung des ganzen Hauses bekommen hat, einbringen:

Welche Maßnahmen zur Ausforschung und Festnahme der Täter des Sprengstoffanschlages in dem Kammersaal anlässlich der Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsdelegation wurden bisher ergriffen und welche Maßnahmen gedenkt der Herr Landeshauptmann zu treffen, um erstens solche Anschläge in Zukunft zu verhindern und zweitens um zu zeigen, daß unsere junge österreichische Demokratie nicht gewillt ist, sich durch derartige Aktionen in ihrem Aufbau stören und vor der Weltöffentlichkeit kompromittieren zu lassen.

Ich bitte um Unterstützung dieser dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann **Pirchegger**: Hohes Haus! Es war für mich gestern früh, als ich von diesem Vorfall Kenntnis erhalten hatte, eine außerordentlich peinliche Überraschung und es bedrückt mich außerordentlich hart, solche Vorkommnisse in unserem Lande noch erleben zu müssen. Ich bin überzeugt davon, daß es vielleicht doch nur jugendlichem Übermut in den Sinn kommen konnte, eine solche Tollheit zu begehen, aber ich erblicke in diesem Vorfall eine viel tiefer sitzende Ursache wie vielleicht mancher der hier anwesenden Abgeordneten. Schauen Sie, ich habe schon eingangs meiner erstmaligen Erklärung hier im Landtage stark unterstrichen, daß ich es für möglich halte, bei inniger Zusammenarbeit den wirtschaftlichen Trümmerhaufen zu beseitigen, den Wiederaufbau in wirtschaftlicher Beziehung durchzuführen, und zwar in absehbarer Zeit. Sehr bedauerlich und fast unmöglich erscheint mir jedoch den geistigen Trümmerhaufen zu beseitigen, den uns die Nationalsozialisten hinterlassen haben und die Erfahrungen, die wir seit dem vorigen Jahre sammeln mußten, stoßen uns immer und immer wieder auf die Tatsache, daß der geistige, der moralische, der charakterliche Zusammenbruch in unserem Volke den weitaus größeren Schaden angerichtet hat, als alle wirtschaftlichen Erschwernisse es vermögen und auf dem Gebiete, glaube ich, tut dringende Abhilfe not.

Wenn ich nun den Fall als solchen betrachte, bin ich überzeugt, daß unsere Polizei bereits konkrete Maßnahmen ergriffen hat, um diesen Fall zur Klärung zu bringen. Unsere Polizei hat bisher den Beweis erbracht, daß sie überall dort, wo sie eingreifen kann und wo manchenmal eine Lösung des Fragenkomplexes fast undenkbar erscheint, gute und schöne Erfolge erzielte. Ich muß das lobend hervorkehren und ich will gerne hoffen, daß sie auch in diesem Falle der Ursache auf den Grund kommt

und wenn es dann möglich ist, die Täter festzustellen, kann jedermann im Hohen Hause versichert sein, daß ich nichts unversucht lassen werde, um sie der entsprechenden Strafe zuzuführen. Bedauerlich ist für mich die Tatsache, daß man heute viel zu wenig Rücksicht nehmen will, wo der Hebel anzusetzen wäre, um gegen solche Vorfälle dann wirksam auftreten zu können. Mit Gewalt allein ist es nicht getan, Gewalt und Druck erzeugen Gegendruck. Es wäre mir viel sympathischer, wenn wir die notwendigen Kräfte zur Verfügung hätten, um auf moralischem Gebiet gegen solche Erscheinungen einen besseren Erfolg erzielen zu können.

Nun die Entnazifizierung der Ämter und Exekutive. Sie ist ziemlich weit im Fortschreiten begriffen. Es wird nichts unversucht gelassen, die Säuberung durchzuführen.

Die Entregistrierung einstellen, wie der Vorredner es gemeint hat, ist ein Gedankengang, dem ich mich nicht ohne weiteres anschließen kann, weil dadurch viele Unschuldige zum Handkuß kommen. Die Schuldigen werden wir ja doch um Gotteswillen herausfinden können; wenn uns das nicht gelingt, müßte man an unserem Beamtenapparat Zweifel setzen und das will ich doch nicht. Bisher sind einige verschiedene Vorfälle anlässlich der Entregistrierung feststellbar gewesen. Da will ich das Schuldkonto nicht auf die Kommission allein geschoben wissen, sondern offen erklären, daß schon Parteienvertreter auch mit daran schuld sind, wenn beklagenswerte Fälle von Entregistrierungen vorgekommen sind. Ich würde es sehr wünschen, daß die Entregistrierung von den Parteienvertretern vollkommen unbeeinflusst vor sich gehen könnte.

Die Wiederholung solcher Anschläge zu verhüten, ist doch selbstverständlich. Ich bin überzeugt, daß unsere Exekutive nichts verabsäumen wird, soweit es in ihrer Macht liegt, daß solche Wiederholungen möglichst vermieden werden. Wir müssen alle zusammenwirken, die Polizei ist nach meiner Überzeugung allein nicht imstande, zu verhüten, daß sich solche Dinge wiederholen. Die Maßnahmen, die dagegen von Seite der Landesregierung und von Seite des Landtages ergriffen werden sollen, habe ich ziemlich deutlich gestreift. Soweit wir die Exekutive zur Verfügung haben, wird alles geschehen. Nach den bisherigen Ergebnissen über die Verfolgung von Übertretungen der gesetzlichen Bestimmungen auf allen Gebieten muß ich klar und deutlich zum Ausdruck bringen, unsere Exekutive, sowohl die Polizei als auch die Gendarmerie weiß, was sie zu tun hat. Einzelfälle können nicht richtunggebend sein, hie und da Abweichungen werden wir immer erleben, im großen und ganzen ist jedoch die Exekutive als das anzuerkennen, was sie sein muß. Im übrigen bitte ich Sie alle, ohne Unterschied der Partei, helfen Sie mit, daß wir unserer österreichischen Jugend den Weg weisen, den sie gehen muß, um wieder Ruhe und Ordnung in unserer geplagten Heimat, in unserem lieben Österreich sicherzustellen. (Beifall.)

Landeshauptmannstellvertreter **Machold**: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechselrede und bitte zehn Abgeordnete, diesen Antrag zu unterstützen.

Präsident **Wallner**: Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Die Unterstützung ist gegeben. Ich erteile Herrn Abg. **Rosenwirth** das Wort.

Abg. **Rosenwirth**: Hohes Haus! Der Herr Abg. **Pölzl** hat in seiner Anfrage auch erklärt, daß die Polizei nicht rasch genug eingegriffen hat, um hier den Sachverhalt aufzuklären. Ich möchte nur eine sachliche Berichtigung dahingehend bringen, keinen Irrtum aufkommen zu lassen, daß der Sicherungsdienst, der für die Versammlung selbst gestellt war, aus Kriminalbeamten und Sicherheitswachebeamten bestanden hat. Sofort nach der Explosion hat sich der zum Überwachungsdienst abgeordnete Kriminalbeamte **Alfons Leitl** mit den beiden Angestellten der Arbeiterkammer **Franz Reichenpfer** und **Julius Wratitsch** in den Raum begeben, in dem die Explosion stattfand. Es wurde festgestellt, daß ein Sprengkörper, vermutlich ein Papierbölller, durch das bombengeschädigte und daher unverschlossene Fenster in den seitlichen Stiegenaufgang geworfen wurde. Ein kleiner Sachschaden wurde festgestellt, Personenschaden jedoch nicht. Auf Grund der Meldung der Polizeidienststelle 18, Mariengasse, ist sofort der Stellvertreter des Kommandeurs der Schutzpolizei Major **Weißmann** selbst in den Versammlungsraum und in die Nebenräume gegangen, es wurde alles eingehend durchsucht, so daß also alle Tatmomente aufgenommen werden konnten, jedoch Personen als solche konnten keine festgestellt werden. In der Nacht war es dann weiter unmöglich, außerhalb des Gebäudes irgendwelche Vorkehrungen zu treffen. Am nächsten Vormittag hat dann sofort eine Untersuchungskommission der Kriminalpolizei eingegriffen. Die Kriminalbeamten **Leitner** und **Hausleitner** haben nun, soweit kriminell die Dinge zu untersuchen waren, ihre Erhebungen durchgeführt. Bei diesen Erhebungen wurde festgestellt, daß eine Zeugin, **Margarete Fiedler**, die vis-a-vis in der Strauchergasse wohnt, festgestellt hat, daß ein Mann, zirka 38- bis 40jährig, schlank, etwa 170 cm groß, mit kurzem, braunem Überrock, einer alten, lichtgrauen Sportkappe als Kopfbedeckung, gesehen wurde. Irgendwelche weiteren Verdachtsmomente konnten nicht ermittelt werden. Am selben Tage noch wurden dann alle öffentlichen maßgeblichen Stellen von diesem Vorfall verständigt, ebenso das Ministerium in Wien und die Anzeige überdies an die Staatsanwaltschaft gegen unbekannte Täter erstattet, damit auch die Staatsanwaltschaft mit ihrem Apparat auf Grund der leider wenigen Grundlagen ihre Untersuchungen weiterführt. Ich möchte daher feststellen, daß, soweit es der Polizei obliegt, bisher alles unternommen wurde. Es wird aber auch noch weitergeforscht, um vielleicht doch auf den Täter selbst zu stoßen. (Beifall auf Seite der sozialistischen Partei.)

Abg. **Fischer**: Ich möchte auch zu einigen Feststellungen das Wort ergreifen. Ich will niemanden beschuldigen, ich will keinerlei Untersuchungsergebnissen vorgreifen, ich möchte aber doch folgendes feststellen:

Es ist zweifellos richtig, daß bereits unmittelbar nach der Tat sich die Polizei am Tatort eingefunden hat. Es ist aber leider richtig — auch richtig —, daß von der Polizei nicht die notwendigen, zielstrebigsten Schritte und energischen Maßnahmen zur Ausforschung der Täter sofort eingeleitet wurden und ich werde sofort zeigen, worin das besteht. Am anderen Tag um 10 Uhr vormittags habe ich — mit noch anderen — mich am Tatort eingefunden. Bis zu diesem Zeitpunkt war am Tatort noch keinerlei Kriminalkommission anwesend. Der Tatort selbst war von der Polizei in keiner Weise abgesichert, das heißt, mindestens bis zu diesem Zeitpunkt um 10 Uhr vormittags hatte jedermann die Möglichkeit, alle möglichen corpora delicti oder ähnliches zu beseitigen. Ich will festhalten, ich hätte dort am Tatort ohne weiteres die erst viel später von der Polizei sichergestellte Zündschnur des Pöllers einfach in meine Tasche stecken und damit fortgehen können. Ebenso — ich habe es nicht getan — wie ich hätte das jeder andere tun können. Jeder andere hätte also auch am Tatort, von der Stelle, wo wahrscheinlich der Sprengkörper geworfen wurde, eine Zündholzschachtel oder ähnliches beseitigen können, ohne daß er daran gehindert worden wäre. Zweifellos ist also die Behauptung richtig, daß von dem Verantwortlichen der Polizei die in einem solchen schwerwiegenden Fall nötige Zielstrebigkeit nicht gezeigt wurde. Ich will niemanden beschuldigen, daß dies mit einer bestimmten Absicht geschehen sei. Wenn wir aber auf der anderen Seite wissen, daß sich auch heute noch in unserem Polizeikörper, in unserem Gendarmeriekörper, eine außerordentlich große Zahl ehemaliger Nationalsozialisten befindet, wenn wir wissen, daß auch heute noch in den verschiedensten Teilen unseres Landes Steiermark, von ehemaligen Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei, die die Gendarmerieuniform tragen, Haussuchungen durchgeführt werden bei Antifaschisten, um dort angeblich gestohlenen oder geraubtes Eigentum prominenter Nazis auszuforschen, wenn wir heute das alles noch bedenken, dann kann man sich nicht wundern, wenn nicht nur wir selbst, wenn nicht nur unsere Arbeiterschaft, sondern wenn auch das Ausland kein Vertrauen dazu hat, daß wirklich alle nötigen Schritte zur Liquidierung des Nationalsozialismus unternommen werden. Ich will die Frage vor allem dahingestellt sein lassen, ob einzelne Wachebeamte, Gendarmen usw., die der Nationalsozialistischen Partei angehört haben, heute noch ihrer politischen Einstellung nach Faschisten sind oder nicht. Ich will vielleicht sogar annehmen, sie seien es nicht mehr. So erscheint es mir trotzdem, daß es eine schlechte Garantie zur Sicherung unseres Landes ist, wenn wir unseren Schutz gegen

nationalsozialistische Einflüsse ausgerechnet in die Hände von ehemaligen Nationalsozialisten legen. Ich glaube, daß es eine selbstverständliche Forderung ist, die leider bis heute nicht erfüllt wurde, daß aus dem Dienst der Polizei und Gendarmerie fristlos und ausnahmslos sämtliche ehemaligen Mitglieder und Anwärter der Nationalsozialistischen Partei entfernt werden, denn sonst haben wir keine Garantie, daß jene, die heute unterirdisch bereits wieder beginnen, von neuem ihre alte Tätigkeit aufzunehmen, nicht aus den Reihen unserer Exekutive Unterstützung, Schutz und Deckung finden.

Präsident : Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe hiermit die fünfte Sitzung des Steiermärkischen Landtages und möchte die Mitglieder des Finanzausschusses und Wiederaufbauausschusses bitten, sofort die Beratungen des zugewiesenen Gesetzes im ersten Stock dieses Hauses (neben der Kanzlei des Herrn Landesrates H o r v a t e k) aufzunehmen. Ich teile unter einem auch mit, daß die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages heute um 4 Uhr nachmittags hier stattfindet.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr.